

NIRGENDWO MEHR GEGENMACHT?



EU-Parlamentarier machen auf den steigenden Druck der Finanzlobby aufmerksam

von Pat Christ

Rein sprachphilosophisch betrachtet handelte es sich um eine Lüge: „Wir zahlen nicht für eure Krise!“ erklärten 45.000 Demonstranten, die Mitte Juni in Berlin und Stuttgart auf die Straße gingen. Noch während sie gegen die Kürzungsbeschlüsse der Regierung demonstrierten, wurde ihnen das Geld zur „Krisenbewältigung“ – auch dies ein Lügenwort, bewältigt in der Form, dass Risiken erkannt und echte Stabilisierungsmaßnahmen eingeleitet würden, wird schließlich nichts – aus dem Portemonnaie gezogen.

„Der Slogan drückt nicht einmal Protest aus“, konstatiert der linke Europaabgeordnete Jürgen Klute. Diese Art hilfloser Demonstration stelle deshalb auch keine echte zivilgesellschaftliche Gegenmacht dar, die klare Alternativen zum herrschenden Finanzsystem kennen, benennen und für die Durchsetzung von humanwirtschaftlichen Prinzipien kämpfen würde. Weil eine solche Gegenmacht fehlt, sei die Macht der Finanzlobby „erschlagend“, der Druck der Lobbyisten auf die Politik enorm. Mit der Konsequenz, dass es faktisch nicht zu einer effektiven Regulierung der Finanzmärkte kommen kann und kommen wird.

Wie stark die Macht des Finanzsektors ist, verdeutlichte kürzlich eine Auflistung in der Financial Times Deutschland. Demnach sitzen in vier von zehn Expertengruppen zur Beratung der EU hochrangige Mitarbeiter des Wallstreet-Giganten Goldman Sachs. Die Deutsche Bank stellt in sieben Be-

Lohnsklaverei: Eine von vielen indirekten Folgen des wachsenden neoliberalen Lobbyeinflusses in der Politik. Foto: Pat Christ

ratergremien sicher, dass ihren Interessen Gehör verschafft wird. Die französische Großbank BNP Paribas weiß in fünf Expertengruppen Politiker zu beeinflussen. Welche Standpunkte in diesen Zirkeln in Brüssel ausgetauscht werden, bleibt das Geheimnis der beteiligten Akteure, die Sitzungen sind nicht öffentlich.

Vorgegaukelte Souveränität

Wer das unguete Gefühl nicht los wird, dass die Politik, vermeintlich souveräner Gesetzgeber, seit langem nur mehr vorgaukelt, die immer heikleren Probleme, die zur Lösung anstehen, alleine zu bewältigen, wird von Udo Bullmann bestätigt. „Einschätzungen über die Auswirkungen von Gesetzen stammen nicht selten direkt von den betroffenen Industriezweigen oder einzelnen Unternehmen“, erläutert der SPD-Europaparlamentarier, Mitglied des Wirtschaftsausschusses.

Anders als zum Beispiel in der Umweltpolitik existiere im Finanzmarktsektor keine organisierte Gegenöffentlichkeit, die Angaben der Finanzlobby „herausfordert oder mit eigener Expertise konfrontiert“. Diese Gegenmacht, die eine Überprüfung einseitiger politischer Haltungen einfordert und versucht, Politikerinnen und Politiker zum Umdenken zu bewe-

gen, bräuchte es jedoch, damit Demokratie funktionieren kann. Fehlt sie, wird Demokratie erodieren. Diese Feststellung ist aktuell so real wie bedrohlich.

Ein interessantes Papier, „Finanzlobby ohne Gegenspieler“ überschrieben und unter anderem von Jürgen Klute, Udo Bullmann und Sven Giegold unterzeichnet, macht seit Juni auf den gewaltigen ökonomischen und (damit) politischen Einfluss der Finanzkonzerne aufmerksam. Mit diesem Appell weisen Europaparlamentarier quer durch alle Parteien und Nationen Europas Bürger auf das immer krassere Ungleichgewicht zwischen Zivilgesellschaft und Finanzmarktlobby hin.

Laut dem Appell haben Politiker der (über die Selbstalimantation der Vermögen) in hohem Tempo, quasi minütlich wachsenden Macht der Finanzmarktlobby, nahezu nichts (mehr) entgegenzusetzen. Lobbyisten bestimmen zu immer weiteren Teilen Ökonomie und Finanzmarkt. Andere Stimmen als die jener Schreier nach möglichst viel (Spekulations-)Freiheit in Wirtschaft und Finanzbranche sind in Brüssel kaum noch vernehmbar. Selbst die Erschütterungen der Finanz- und Wirtschaftskrise führte in der Bevölkerung nicht zu einem ernst zu nehmenden Widerstand gegen Lobbyismus und eine lobbyverseuchte Politik.

Im Öko-Sektor nimmt Greenpeace politische Verantwortung wahr. Die Anti-Atomkraft-Bewegung und das globalisierungskritische Netzwerk attac bilden ein Gegengewicht zur Kernkraft- und Stromlobby von EON, RWE, Vattenfall und EnBW. Sozialverbände wie der Deutsche Verein, das Technische Hilfswerk und viele andere kämpfen neoliberalen Predigten zum Trotz für mehr Humanität. Doch keine gesellschaftliche Gruppierung, so Klute, setze sich mit ähnlicher Vehemenz wie Greenpeace oder attac gegen die plutokratische Lobby für wirtschafts- und geldpolitische Alternativen ein.

Welch verheerende Folgen dies hat, zeigt der Grünen-Europaabgeordnete Sven Giegold auf. Die Bankenlobby schaffte es jüngst, die Schuldenbremse für Banken, Herzstück der neuen Eigenkapitalregeln, die im Basler Ausschuss zur Regulierung des internationalen Bankenwesens diskutiert wurden, völlig zu verwässern. Kein Wunder, so Giegold: „Die Banken meiden die Schuldenbremse wie der Teufel das Weihwasser.“

Monatelang übten Banken, aber auch Staaten, Druck auf den Basler Ausschuss aus, damit nicht zu streng reguliert wird. Nun fällt die Schuldenbremse nicht nur viel schwächer aus als geplant, die Einführung an sich ist fraglich. Bis 2018

soll sie zunächst einmal getestet werden, erst zehn Jahre nach dem Lehmann-Desaster, also 2018, wird sie eventuell verbindlich.

Um den Einfluss der Finanzlobby zu mildern, fordert Udo Bullmann von der EU-Kommission eine andere Praxis, Gesetzesvorlagen zu erarbeiten. „In den vorbereitenden Arbeitsgruppen muss mehr unabhängiger Sachverstand aus Hochschulen und Think Tanks, von Gewerkschaften und Verbraucherorganisationen vertreten sein“, verlangt der Sozialdemokrat. In einem industri

unabhängigen Finanzmarktforum in Brüssel sollten Politiker aus Parlament, Kommission und Rat mit unabhängigen Fachleuten zusammentreffen. Auch müsse das EU-Parlament einen wissenschaftlichen Dienst bekommen.

Schwache Reaktion

Gerade einmal ein halbes Dutzend Reaktionen erreichten Jürgen Klute in den ersten vier Wochen nach Veröffentlichung des Lobby-Appells. Allein das untermauert die derzeitige Problematik. Zu Seiten des Brokdorf-Kampfes erklärten noch Zehntausende Demonstranten: „Wir wollen keine Atomkraftwerke!“ Heute hingegen, so der Linken-Politiker, werde faktisch nicht mehr mit fantasievollen Aktionen, glaubwürdiger Vehemenz und fundierter Kritik zum Kampf

„Einschätzungen über die Auswirkungen von Gesetzen stammen nicht selten direkt von den betroffenen Industriezweigen oder einzelnen Unternehmen“



gegen das gegenwärtige, die Demokratie untergrabende System der Wirtschafts- und Finanzriesen mobilisiert.

„Die Initiative der Europaabgeordneten trifft den Nagel auf den Kopf, sie ist ein Segen“, äußert Humane-Wirtschaft-Autor Professor Dr. Wolfgang Berger. Die Lobby der Finanzbranche habe die Bürger tatsächlich „in Geiselhaft genommen“. Ein Beispiel von vielen sei jenes Gesetz, auf dessen Grundlage die Banken in Deutschland kontrolliert werden. Die Anwaltskanzlei, die zuvor den Bundesverband deutscher Banken Tipps gab, wie sich die Finanzinstitute der staatlichen Kontrolle entziehen könnten, formulierte das „Kontrollgesetz“ im Auftrag des Wirtschaftsministeriums.

Wolfgang Berger, Dirk Löhr und der Mathematiker Jürgen Kremer schrieben in den vergangenen Tagen Europaparlamentarier an, um sie auf das Lösungsmodell des „Fließenden Geldes“ aufmerksam zu machen. Berger: „Das Büro von Sven Giegold hat auch interessiert geantwortet, ist aber konkret noch nicht auf unser Angebot eingegangen.“

Gegenmacht im Sinne von Silvio Gesell

Auch Jürgen Klute schätzt die Erkenntnisse von Silvio Gesell – und bedauert, was auch in humanwirtschaftlichen Kreisen immer wieder festgestellt wird: Dass die Bevölkerung unter wirtschafts- und geldpolitischem Analphabetismus leidet. Über das Zins- und Zinseszinsystem nachzudenken, allein dies erscheint – noch vor dem Akt des eigentlichen Nachdenkens – überaus befremdlich. Die einfachsten Zusammenhänge werden verkannt. All das, was mit der Pleite von Lehman Brothers begann, gilt als zu kompliziert, undurchsichtig und „groß“, als dass sich die Anstrengung lohnen würde, den geistigen Knoten aufzudröseln.

Die demokratischen Fatalismen, vor denen der Appell der EU-Parlamentarier warnt, sind längst eingetreten. Die Wahlbeteiligung sinkt, das Desinteresse an politischen Vorgängen

wächst, das Verständnis für demokratische Abläufe schwindet. Bezahlt wird die viel beklagte Demokratiedistanz mit sinkenden Löhnen, bröckelnden Renten, florierender Leiharbeit und zunehmenden Hartz-IV-Schikanen. Die Bildungspolitik hinkt ihren Ansprüchen weit hinterher, Tafelläden schießen wie Pilze aus dem Boden, die Gesellschaft spaltet sich immer stärker auf in Arm und Reich. „Es wird Zeit für einen Aufstand der Krisenopfer“, findet Sven Giegold mit Blick auf diese Entwicklung.

Die Autoren des von Michael Brie herausgegebenen Bandes „Schöne neue Demokratie“ werden diese Einschätzung teilen, identifizieren sie doch vielerorts schon wieder „Elemente totaler Herrschaft“, die „Zivilisationseinbrüche“ wie die von Auschwitz neuerlich möglich machen könnten. Der neoliberale Umbau der Gesellschaft sei ebenso Warnsignal wie die sozialstaatliche „Angstpraxis“ des Forderns und Förderns.

All das wird registriert, aber nicht in einen Kontext gestellt. Wer beginnt, die Problematik anzudenken, lässt dies in vielen Fällen rasch wieder sein. Zu unmöglich erscheint es, etwas an den Dingen zu ändern, die „schon immer“ so waren. Die Menschen, so Klute, zappeln in der „Ohnmachtsfalle“. Der Appell der Europaparlamentarier stellt für Humanwirtschaftler eine Herausforderung dar. Nicht nur, dass sie selbst die Notwendigkeit empfinden, in der Öffentlichkeit ein Bewusstsein dafür zu wecken, welche fatale Folgen die Selbstalimentation der Reichenvermögen und die unselige Spielregel der leistungslosen Geldvermehrung hat. Der Appell zeigt gleichzeitig: Menschen warten darauf, dass ihnen Alternativen präsentiert werden.

Der Glaube, dass sich noch etwas ändern lässt, trägt Jürgen Klute und kann auch HumanwirtschaftlerInnen Hoffnung geben. Klute verweist auf Brokdorf: „Auch da schien in den 1970er Jahren, alles festgezurr.“ Doch durch eine starke zivilgesellschaftliche Gegenmacht mussten die Atompläne fallengelassen werden. Die 1970er Jahre sind nicht mehr mit heute vergleichbar. Der Wind ist schärfer geworden. Doch alles, was gedacht werden kann, kann auch gemacht werden. Bloß muss jetzt rasch gehandelt werden. ■



	Zur Autorin Pat Christ
	Pat Christ, Jrg. 1970, Magister in Kulturgeschichte an der Uni Würzburg. Seit 1990 als freischaffende Foto- und Textjournalistin tätig. Schwerpunkte: Berichterstattung aus Kultur, Bildung, Wirtschaftsethik und Wissenschaft. Zeitschriften und Magazine: Main-Echo, Sonntagsmerkur Evangelischer Pressedienst, Kulturmagazin Leporello, Stadtmagazin „Der Kessener“.